

Zur Lage der schweizerischen Exportindustrie

Vortrag von Dr. Hans Sulzer, Winterthur (Frühjahr 1935)

Die Geschichte unserer Exportindustrie zu schildern, ist eine überaus reizvolle Aufgabe. Der zeitliche Rahmen meines Vortrages verbietet mir dies. Ich trete deshalb sofort auf die Gegenwart ein.

Von den auf den Export eingestellten Industrien sind im Laufe des 19. Jahrhunderts zu grösserer Bedeutung gelangt die Textilindustrie mit ihren verschiedenen Rohstoffen, Seide, Baumwolle, Wolle, Kunstseide, Hanf, Leinen, Jute und ihren verschiedenartigsten Verarbeitungsformen, Spinnerei, Zwirnerei, Weberei, Färberei, Druckerei, Ausrüstung, Wirkerei, Strickerei, Stickerei; dann die Metallindustrie, mit ihren Hauptzweigen der Uhren, Maschinen, Instrumenten und Apparaten, Lastwagen und Aluminium; die Schuhindustrie; die chemische Industrie, mit ihren beiden Hauptzweigen der Farben und der Pharmazeutika; und endlich die Nahrungsmittelindustrie, Käse, Kondensmilch, Schokolade, Konserven.

Der Gesamtexport der Schweiz zeigt folgendes Bild:

1886	433.000 t	651,4	Millionen	Franken
1892	425.570 t	657,5	»	»
1913	964.810 t	1376,4	»	»
1919	1.112.260 t	3298,1	»	»
1928	1.042.530 t	2133,0	»	»
1929	1.118.540 t	2097,9	»	»
1932	488.550 t	801,0	»	»
1933	476.760 t	754,3	»	»
1934	493.316 t	741,6	»	»

Diese Zahlen geben einen Begriff von dem stolzen Aufstieg, den die schweizerische Exportindustrie genommen hat, von der grossen Bedeutung, die ihr als arbeitsspendendem Glied für alle Schichten unserer Volkswirtschaft zukommt und die in der Zunahme unserer Bevölkerung und ihres Wohlstandes plastisch zum Ausdruck gelangt.

Die Einwohnerzahl betrug:

1886	2.907.000
1913	3.864.000

Im Jahre 1929 überschritt sie die 4. Million und beträgt heute ca. 4,2 Millionen.

Kein privates oder offizielles Dokument kann Ihnen von der grossen Bedeutung der Exportindustrie für unsere Volkswirtschaft ein eindruckvolleres

Bild geben, als die von unserem abtretenden Wirtschaftsminister verfasste, von hohem Ernst und Verantwortungsgefühl getragene Botschaft des Bundesrates zur Kriseninitiative, auf die hinzuweisen ich mir im Laufe meines Referates noch öfters erlauben werde. Aus ihr erhellt, dass die Förderung des Exportes geradezu als das Schlüsselproblem unserer Volkswirtschaft angesehen werden muss, was übrigens ja auch der Konklusion des Gutachtens Grimm/Rothpletz entspricht.

Die Botschaft verweist u. a. auf eine Untersuchung in der Zeitschrift für Geopolitik, worin festgestellt wird, dass (auf das Jahr 1925 berechnet) die Schweiz von 30 in die Untersuchung einbezogenen Ländern im Verhältnis zu den natürlichen Nährquellen des Landes mit 231 % der innenbedingten Volksdichte die weitaus grösste Übervölkerung aufweist; innenbedingt und mit 100 % angenommen ist diejenige Bevölkerungszahl, die aus den im Lande vorhandenen natürlichen Grundlagen ernährt werden kann. Bei einer Bevölkerungszahl von 1925 von rund 4 Millionen beliefe sich darnach die innenbedingte Bevölkerungszahl der Schweiz auf 1.732.000, die auf Einfuhr aus dem Ausland angewiesene 1925 auf 2.268.000, heute, bei ca. 4,2 Millionen, auf 2.468.000 Köpfe. Welche Quote für die Bezahlung dieser Einfuhr auf die Exportindustrie, d. h. den Export von schweizerischer Arbeit enthaltenden Gütern entfällt, dürfte statistisch schwer festzustellen sein. Dass es wesentlich mehr als die Hälfte ist, dürfte keinem Zweifel unterliegen, wenn man die Handelsbilanzen der letzten Jahrzehnte betrachtet.

Die Botschaft sagt hierüber:

«Mehr als irgendein anderes Land ist die Schweiz auf den Export angewiesen. Kein einziger europäischer Staat weist pro Kopf der Bevölkerung einen so grossen Fabrikateexport auf wie die Schweiz. Der Fabrikateexport ist für uns in allererster Linie handelspolitisch bedeutsam, besonders nachdem durch die Fortschritte der Käse-, Schokolade- und Kondensmilchfabrikation im Auslande unseren wichtigsten milchwirtschaftlichen Exportartikeln der Markt in hohem Masse verlorengegangen ist.

Ein durch Jahrzehnte blühender Export war in erster Linie die Grundlage, auf der sich die ganze übrige Wirtschaft schrittweise erweitern konnte. Der Export ermöglichte einer immer wachsenden Volkszahl ausreichende Existenz. Für die direkt am Export Beteiligten arbeitete zu einem grossen Teil auch das Gewerbe, die Lebensmittelindustrie und die Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Bevölkerung selber ist seit 50 Jahren stabil und neuestens eher im Rückgang begriffen. Der ganze natürliche Bevölkerungsüberschuss konnte von der Exportindustrie und von den für die Exportindustrie direkt und indirekt arbeitenden Inlandindustrien aufgenommen werden.»

Diese Stellung der Exportindustrie im schweizerischen Wirtschaftsleben, die darin aufgespeicherte Energie, Intelligenz, wirtschaftliche und sittliche Kraft rechtfertigt wohl ihren Anspruch auf Leben, auf Anerkennung, auf Rücksichtnahme und Mitsprache in den uns heute bewegenden schweren Problemen und auf Durchhaltung, soweit es die Verhältnisse irgendwie ermöglichen. Es handelt sich hier nicht allein, wie dies so landläufig gedankenlos hingenommen wird — das muss immer wieder mit allem Nachdruck betont werden — um die Interessen einiger grosser Herren und Kapitalisten, die man nach weitverbreiteter Meinung als wenig interessant ruhig ihrem Schicksal überlassen kann, sondern um die Lebensexistenz von Hunderttausenden der physisch, geistig und ethisch

besten Elemente unseres Volkes. Dass sich diese Erkenntnis bei unseren Behörden mehr und mehr Bahn bricht und auch in weite Kreise unserer Bevölkerung einzudringen beginnt, ist eines der ermutigenden Momente in dem aufreibenden Kampf, den heute diejenigen durchzukämpfen haben, die das Schicksal in unserer Exportindustrie an führende, verantwortungsreiche Stelle gestellt hat.

Das Fundament, auf dem die Exportindustrie ihr stolzes Gebäude aufbaute und das durch Jahrzehnte hindurch eine sichere Lebensgrundlage bot und auch in ferne Zukunft zu bieten schien, war die freie Weltwirtschaft, der kraftspendende Blutkreislauf internationaler Freizügigkeit von Menschen, Gütern und Kapital, das der menschlichen Arbeit ein fast unbegrenztes Feld der Entwicklung bot, in dem dem Tüchtigen der Weg zum Aufstieg in der alten wie in der neuen Welt sich weit öffnete, in dem sich wirtschaftliche Spannungen, wie sie im Wechsel der Zeiten ja unvermeidbar sind, durch langsame organische Anpassung ohne schwere Krisenerschütterungen lösten.

Diese freie Weltwirtschaft, die denjenigen, welche nicht mehr das Glück hatten, ihren Puls zu fühlen, heute fast wie ein Märchen aus alter Zeit vorkommt, ist durch den Krieg und seine katastrophalen materiellen und moralischen Zerstörungen jäh zusammengebrochen. Die tausend Fäden des feingesponnenen Netzes sind zerrissen, der warme Blutkreislauf überall gehemmt; Blutarmut und Zerfall der einzelnen Glieder dieses früher so wunderbar in sich ausgeglichenen Organismus ist die Folge.

Je intensiver ein Glied der Völkergemeinschaft auf diesen Blutkreislauf angewiesen ist, desto schwerer musste es von den Folgen seiner Unterbindung berührt werden. Das ist in besonderem Masse das Schicksal unseres Landes. Unsere Produktion ist gewaltig zurückgegangen. Der Export, ein für unser Land besonders typischer Gradmesser derselben, ist von 1929 auf 1934 gewichtsmässig von 1.118.540 t auf 493.316 t, preismässig von 2097,9 Millionen Franken auf 741,6 Millionen Franken oder pro Kopf der Bevölkerung von Fr. 522 auf Fr. 183 zurückgegangen. Für die einzelnen Wirtschaftszweige gestalteten sich die Zahlen folgendermassen:

Ausfuhr aus der Schweiz

	1913	1928	1934
Menge in Tonnen	964.810	1.042.530	493.316
Wert in Millionen Franken	1376	2133	742

Die Ausfuhr des Jahres 1934 hat betragen in Prozenten:

	Menge	Wert
von der Ausfuhr 1913	51 %	54 %
» » » 1928	47 %	35 %
» » » 1929	44 %	35 %

Ausfuhr aus der Schweiz

A. Textilindustrie

Jahr	Total der Textilindustrie		Davon											
			Seide		Kunstseide		Stickereien		Baumwolle		Wirk- und Strickwaren		Wolle	
	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.
1892	29.215	374,3	4060	151,6	—	—	2965	72,1	15.438	59,1	277	6,7	2834	14,7
1913	35.900	600,9	4378	188,5	397	5,0	9175	215,5	12.317	51,0	739	17,0	1992	19,4
1919	39.233	1738,8	5008	596,7	587	24,6	5707	411,0	19.441	376,6	1354	68,8	1765	79,4
1928	40.849	759,6	5083	266,1	3758	42,8	3283	113,5	15.294	156,1	800	33,1	3031	48,1
1929	39.710	698,4	4456	231,3	3927	38,8	2571	92,5	15.522	146,2	797	35,7	2998	43,9
1932	23.411	228,0	1650	48,4	3693	23,1	875	23,9	7.339	51,2	195	6,5	2626	15,8
1933	21.336	181,7	1341	35,8	3964	21,7	674	17,2	6.289	45,5	155	5,2	2287	12,8
1934	28.075	169,5	1325	32,8	3417	18,2	385	10,3	13.137	53,4	123	4,5	2214	12,9
1934 in % von 1929	70,7 %	24,2 %	29,7 %	14,2 %	87,0 %	46,9 %	14,9 %	11,1 %	84,6 %	36,5 %	15,4 %	12,6 %	73,8 %	29,3 %

Ausfuhr aus der Schweiz

B. Metallindustrie

Jahr	Total der Metallindustrie		Davon									
			Uhren		Maschinen		Instrumente und Apparate		Lastwagen		Aluminium	
	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.
1892	31.144	133,6	41	85,6	16.540	21,0	678	5,2	424	0,7	324	2,0
1913	165.432	399,2	272	183,1	56.124	98,7	2256	16,2	589	4,2	7.491	13,5
1919	111.978	748,8	261	315,0	50.977	224,0	2907	42,3	145	1,2	6.122	33,4
1928	307.712	823,5	270	300,4	76.803	233,8	6232	61,4	1890	14,7	20.955	60,3
1929	330.680	863,7	276	307,3	77.250	241,3	6768	68,5	1856	13,3	19.731	55,7
1932	134.810	313,4	136	86,3	26.699	86,9	2451	29,3	1495	13,1	4.894	14,4
1933	141.540	316,7	140	94,4	26.999	81,7	2244	27,3	1019	5,1	6.338	15,3
1934	162.871	320,4	134	107,6	28.832	87,6	2280	27,8	1125	4,5	7.173	13,7
1934 in % von 1929	49,2 %	37,1 %	48,5 %	35,0 %	37,3 %	36,3 %	33,7 %	40,6 %	60,6 %	33,8 %	36,3 %	24,6 %

Ausfuhr aus der Schweiz

C. Lebens-, Genuss- und Futtermittel

Jahr	Total der Lebens-, Genuss- und Futtermittel		Davon							
			Käse		Kondensmilch		Schokolade		Obst	
	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.
1892	112.864	82,2	24.328	38,5	15.523	15,1	792	2,6	44.713	5,0
1913	144.964	201,1	35.682	69,6	40.559	44,2	15.914	54,7	3.446	0,9
1919	183.911	224,9	597	4,4	10.000	21,9	17.072	105,9	92.715	16,0
1928	161.360	218,2	27.983	97,8	37.031	43,2	8.642	34,0	58.497	14,1
1929	162.369	212,0	31.191	103,0	35.596	39,8	7.395	27,8	62.382	10,1
1932	73.037	84,2	19.590	48,9	13.377	12,8	717	2,4	15.538	2,4
1933	61.141	71,7	20.357	44,0	9.219	8,7	447	1,6	14.534	2,6
1934	76.019	61,7	17.557	34,7	5.939	5,2	388	1,4	34.307	4,6
1934 in % von 1929	46,8 %	29,1 %	56,2 %	33,6 %	16,6 %	13,1 %	5,2 %	5,0 %	54,9 %	46 %

D. Chemische Industrie

Jahr	Total der chemischen Industrie		Davon			
			Anilinfarben und Indigo		Pharmazeutika	
	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.
1892	12.704	18,1	907	1,8	381	1,6
1913	78.350	67,5	8827	28,8	2745	17,7
1919	60.250	225,9	8106	135,8	1230	39,9
1928	51.617	161,2	9706	78,4	2339	48,6
1929	54.546	175,0	9940	83,6	3361	53,5
1932	44.733	115,0	6348	56,9	2024	34,1
1933	49.450	123,6	7469	63,8	2065	34,7
1934	45.918	122,0	7259	64,8	2367	36,5
1934 in % von 1929	84,1 %	69,7 %	73,0 %	77,5 %	70,4 %	68,2 %

Ausfuhr aus der Schweiz

E. Strohindustrie

Jahr	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.
1892	580	8,4
1913	1055	15,3
1919	1493	40,4
1928	1259	36,3
1929	1439	37,6
1932	1135	24,4
1933	1020	20,5
1934	839	14,2
1934 in % von 1929	58,3 %	37,7 %

F. Schuhindustrie

Jahr	Menge in Tonnen	Wert in Mill. Fr.
1892	475	4,8
1913	1066	18,6
1919	1313	60,4
1928	1316	39,8
1929	1124	35,4
1932	517	12,9
1933	614	13,2
1934	662	13,5
1934 in % von 1929	58,9 %	38,1 %

Diese Zahlen mahnen zum Aufsehen. Sie lassen eine gewaltige Schrumpfung unserer Volkswirtschaft erkennen.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse unseres Volkes, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um den Export wieder zu heben. Die Hindernisse, die dieser Hebung entgegenstehen, sind so allgemein bekannt, dass ich nicht nötig habe, lange bei ihnen zu verweilen. Zerfall und Ausschaltung früherer grosser Wirtschaftsgebiete, Verminderung der Kaufkraft, überspannter Nationalismus, schwerer Schuldendruck, Währungszerrüttungen, ungeheure Erhöhung der Zollschränken bis zur vollständigen Absperrung der Einfuhr sind die wichtigsten.

Für unsere Exportindustrie wird die aus diesen Hindernissen sich ergebende Lage dadurch noch in starkem Ausmass erschwert, dass sie unter ungleich ungünstigeren Produktionsbedingungen den Kampf mit ihren hauptsächlichsten ausländischen Konkurrenten führen muss. An diesen besondern Schwierigkeiten trägt nicht nur die geographische Lage des Landes mit den für unsere Industrie z. T. stark belastenden Transporten schuld, sondern vor allem das hohe Preis- und Lohnniveau, das uns die Konkurrenzfähigkeit auch in denjenigen Ländern ungeheuer erschwert, welche der Aufnahme unserer Exportgüter noch offenstehen. Dass der Exportindustrie in dieser Situation kein anderes durchgreifendes Mittel übrig bleibt, um ihre Konkurrenzfähigkeit wieder zu erlangen und damit die Tausende von Arbeitslosen, oder wenigstens einen namhaften Teil derselben, wieder zur Arbeit zurückzuführen, als die Anpassung oder zum mindesten Annäherung unserer Produktionskosten an diejenigen unserer hauptsächlichsten Konkurrenzländer, durch Abbau aller derjenigen Faktoren, welche sie massgebend bedingen, ist wohl für jedermann einleuchtend. Und da der wichtigste dieser Faktoren bei sämtlichen von der Exportindustrie ausgeführten Fabrikaten bekanntlich in den Personalkosten liegt und sie im Verhältnis zu den Konkurrenzindustrien der andern Länder die grössten Unterschiede zeigen, ist es klar, dass, neben allen andern Faktoren, hier in erster Linie der Hebel angesetzt werden musste. Als Beispiel, wie gross diese Unterschiede sind, möchte ich mich wegen Zeitmangel hier lediglich auf eine Vergleichung der in der Maschinenindustrie bezahlten Löhne beschränken, über welche der Arbeitgeberverband Schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller jährlich sorgfältige Erhebungen anstellt. Es ergeben sich aus dieser Zusammenstellung folgende Unterschiede:

Setzen wir die Schweiz mit 100 ein, so liegen die Löhne (Zahlen 1933):

in Deutschland . . .	auf ca. 80
» England	» » 80
» Schweden	» » 75
» Frankreich	» » 75—80 je nach Gegend
» Italien	» » 56
» Belgien	» » 54
» Österreich	» » 50
» Ungarn	» » 40

So haben denn grosse Zweige unserer Exportindustrie, mit vereinzelt Ausnahmen, schon seit Jahren starke Verluste erlitten, ihre Reserven erschöpft und den in ihr Beschäftigten aller Stufen namhafte Opfer zumuten müssen und werden, wenn sich die Lage nicht bessert, es weiterhin tun müssen. Die Zusammenbrüche und Sanierungen der letzten Zeit reden eine deutliche Sprache. Mit diesem Abbau ist der Lohnindex gewisser früher blühender Industrien bereits unter den Durchschnitt des allgemein schweizerischen gesunken. Zwar übersteigt er denjenigen der Lebenskosten immer noch wesentlich. Wenn trotzdem der Schritt zu weiteren Reduktionen bisher nicht getan worden ist, so liegt der Grund teils in der starken Teilarbeitslosigkeit, die das Jahreseinkommen erheblich nach unten drückt, teils in der grossen Diskrepanz gegenüber

dem Einkommen der auf den Inlandmarkt eingestellten Erwerbszweige, insbesondere der Angestellten der öffentlichen Hand. Diese Diskrepanz zu erweitern, führt, zumal bei einer Industrie, die so hoch qualifizierter Kräfte bedarf, wie beispielsweise die Maschinenindustrie, zu einer Reihe von tiefgreifenden Schäden, insbesondere zu einer das Nachwuchsproblem schädigenden Disqualifizierung, die so lange als möglich vermieden werden muss. Aber gerade darum hat die Exportindustrie ein Recht, zu verlangen, dass ihr nun endlich einmal von da eine Entlastung zuteil werde, wo sie vom Standpunkt, ich will nur sagen der wirtschaftlichen Vernunft, mit absoluter Notwendigkeit sich aufdrängt.

In was für unhaltbaren Verhältnissen sich die schweizerische Volkswirtschaft heute befindet, mögen ein paar Zahlen beleuchten, die die Schweizerische Handelszeitung in Nr. 49 vom 6. Dezember 1934 publiziert hat und die teils auf statistischer Erfassung, teils auf Schätzungen beruhen:

	1913	1929	1933
	in Millionen Franken		
Produktion ¹⁾ und Einfuhr:			
Land- und Forstwirtschaft	800	1600	1300
Mineralproduktion und Elektrizität	200	400	300
Industrie und Gewerbe	2500	4800	2500
Einfuhr	1900	2700	1500
Produktion + Einfuhr = Total Wareneingang	5400	9500	5700
Verkehrskosten:			
Post	66	160	155
Telephon und Telegraph	21	102	123
Bahnen und Schifffahrt	290	580	500
Autoverkehr ²⁾	35	350	400
Total Verkehrskosten	412	1192	1178
Kosten der öffentlichen Verwaltung:			
Bund	106	372	482
Kantone	222	619	685
Gemeinden (Schätzung)	200	510	600
Kosten der öffentlichen Verwaltung	528	1501	1767 (334%)
Verwaltung und Verkehr	940	2693	2945
In % des Wareneinganges (Produktion + Einfuhr)	17%	28%	ca. 51%

¹⁾ Die Zahlen für die Produktion beruhen auf sorgfältigen Schätzungen auf Grund amtlicher und privater Erhebungen. Mangels offizieller statistischer Angaben wird damit zu rechnen sein, dass sie vielleicht in ihrer absoluten Höhe etwas von der Wirklichkeit abweichen. Für den vorliegenden Zweck erlauben sie aber mit genügender Genauigkeit die angestellten Vergleiche.

²⁾ Autoverkehr, inkl. Betriebsstoffe, Steuern, Abgaben, Abschreibungen, Löhne, Wagenunterhalt, Garagekosten etc., jedoch ohne Strassenbaukosten (Schätzung).

Dabei muss nun gerechterweise berücksichtigt werden, dass ein gewisser Teil der Vermehrung der Kosten der öffentlichen Verwaltung auf das Konto der Arbeitslosenunterstützung fällt, ein Ausgabenfaktor, der nicht der übermässigen Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand zur Last gelegt werden kann. Es handelt sich hier um Pflichten der Solidarität, deren sich die Allgemeinheit nicht entziehen darf. Hält man sich dabei an die in der Botschaft zur Kriseninitiative genannten Summen, welche von sämtlichen Stellen unter diesem Titel verausgabt worden sind (sie betragen für 1933 81,5 Millionen Franken), so reduziert sich immerhin der genannte Kostenkoeffizient von 51% nur um etwa $1\frac{1}{2}\%$.

Und diese enorme Steigerung fällt in einen Zeitpunkt, wo nicht nur die Produktion stark zurückgegangen ist, sondern sich auch ihr Ertrag gewaltig vermindert hat. Wie gross dieser Ertragsrückgang der schweizerischen Volkswirtschaft ist, darüber kann man Anhaltspunkte aus folgenden Momenten gewinnen:

aus dem gewaltigen Exportrückgang an sich. Der Export von Fabrikaten hat sich seit 1929 von 1713 Millionen auf 590 Millionen im Jahre 1934, d. h. um 1123 Millionen Franken vermindert. Darin sind schätzungsweise mindestens 50% Arbeit enthalten;

aus dem starken Rückgang der Arbeit in der Hotellerie und anderen von der Krise erfassten Erwerbszweigen;

aus der Ertragssenkung, die das Kapital auf dieser reduzierten Produktion erlitten hat und die in der amtlichen Statistik über die Erträge der schweizerischen Aktiengesellschaften nur sehr unvollständig zum Ausdruck kommt. Dieselbe zeigt, dass der Betrag der ausgeschütteten Dividenden vom Jahre 1929 auf das Jahr 1932 von 437 Millionen auf 243 Millionen, d. h. um 194 Millionen, auf das Jahr 1933 auf 236 Millionen, d. h. um 201 Millionen zurückgegangen sind. Der Dividendensatz fiel von 6,97% auf 3,57% im Jahre 1932 und 3,51% des gesamten Aktienkapitals im Jahre 1933. Diese Statistik stellt nur fest, dass im Jahre 1932 51,4%, im Jahre 1933 52% des gesamten einbezahlten Kapitals von ca. 6,8 Milliarden Franken dividendenlos geblieben sind, an sich schon eine beunruhigende Zahl, die aber deswegen kein richtiges Bild der Lage gibt, weil sie die Verluste auf Kapital und Reserven nicht erfasst, die diese dividendenlosen Gesellschaften erlitten haben, und ebensowenig die Verminderung der offenen und stillen Reserven berücksichtigt, die die dividendenzahlenden Gesellschaften zur Zahlung von Dividenden heranziehen mussten;

aus den sich in ähnlichen Proportionen bewegendem, durch die Statistik nicht erfassbarem Ertragsrückgänge der nicht in Aktienform organisierten Gesellschaften und Einzelfirmen;

aus den gewaltigen Ertragsvermindierungen der im Ausland angelegten Kapitalien;

und endlich aus den Defiziten von Bund (inkl. Bundesbahnen), Kantonen und Gemeinden, welche sich laut Botschaft zur Kriseninitiative im Jahre 1933 auf rund 200 Millionen Franken belaufen und für 1935 noch erheblich höher eingeschätzt werden müssen.

Die Botschaft des Bundesrates vom November 1934 zum Budget des Bundes für 1935 schätzt den Unterschied des Volkseinkommens im Jahre 1932 gegenüber demjenigen von 1929 auf 1,9 Milliarden Franken, wovon 1,3 Milliarden auf das Einkommen aus Arbeit, 600 Millionen auf das Einkommen aus Kapital fallen. Dabei bemerkt sie ausdrücklich, dass diese letztere Zahl die Einwirkung der Krise auf das Kapitaleinkommen nur unvollständig widerspiegle und dass die aus der Dividendenstatistik erkennbaren Verluste hinter den tatsächlichen stark zurückbleiben; endlich, dass in ihrer Schätzung die Verluste und Zinseinbussen, die der schweizerische Obligationär und Aktionär an ausländischen Wertpapieren erlitten haben, nur zum Teil berücksichtigt seien. Sie spricht dann von der Wahrscheinlichkeit einer weitem Senkung für 1933 und 1934 von 5—10%, was nach jener Statistik $\frac{1}{2}$ —1 Milliarde Franken ergeben würde. Diese Zahlen dürften meines Erachtens eher zu tief als zu hoch gegriffen sein. Wir dürfen also bei konservativer Schätzung die jährliche Einkommensschrumpfung für die letzten 2 Jahre gegenüber 1929 auf mindestens 3 Milliarden fixieren, d. h. wenn die Einkommenschätzung der Botschaft von 9,5 Milliarden für das Jahr 1929 richtig ist, auf rund ein Drittel dieses letzteren.

Dass dieser Ertragsschrumpfung eine enorme Entwertung des Nationalvermögens parallel geht, liegt auf der Hand. Die Verluste auf den schweizerischen Aktienwerten allein beziffern sich auf Grund des Aktienindexes seit 1929 auf 2 Milliarden Franken. Wie viel dazu heute von den von der Nationalbank auf 7 Milliarden geschätzten Nettoguthaben der Schweiz im Ausland noch wertmässig vorhanden ist, lässt sich auch nicht annähernd feststellen.

Das sind nur einige Zahlen aus dem, was hinter uns liegt. Ein Blick in die Zukunft wird uns überzeugen müssen, dass mit dieser Schrumpfung unseres Nationalvermögens und Einkommens auch weiterhin auf unabsehbare Zeit hinaus gerechnet werden muss. Wir werden uns glücklich schätzen müssen, wenn die Lage nicht noch schlimmer wird. Die Aussichten dazu sind zurzeit keineswegs günstig.

Es kann angesichts der grossen Ertragsschrumpfung wohl keinem Zweifel unterliegen, dass unser Volk als Ganzes heute einen Teil seines Verbrauchs aus der Substanz schöpft. Als deutliches Indiz hierfür muss der Rückgang der Bankdepósitos, insbesondere der Obligationen und Sparkassengelder, gewertet werden.

Um Irrtümer zu vermeiden, ist hier festzustellen, dass die Ertragsschrumpfung unserer Volkswirtschaft mit der Gestaltung der schweizerischen Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland grundsätzlich nichts zu tun hat. Die Ertragsdefizite der schweizerischen Volkswirtschaft kommen in der Zahlungsbilanz mit dem Ausland nicht notwendigerweise zum Ausdruck, solange entweder unsere inländischen mobilen Reserven hinreichen, um sie zu decken oder ausländische Vermögensbestandteile zu ihrer Deckung hereingenommen werden. Auch die Goldverschiebungen lassen an sich keine Schlüsse auf unsere Ertragsbilanz zu, denn wir wissen nicht, ob diese Verschiebungen auf den Ertragsausgleich oder auf blosse Kapitalverschiebungen zurückzuführen sind. In der Tat scheint

nach den neuesten Schätzungen kompetenter Stellen unsere Ertragsbilanz mit dem Auslande pro 1934 annähernd im Gleichgewicht zu sein ¹⁾, ein Faktor, der für die Beurteilung unserer Währungsstabilität natürlich von grosser Bedeutung ist. Wie lange angesichts der grossen Verluste diese Gleichgewichtslage noch dauern kann, ist eine andere Frage.

Wessen Einkommen zurückgeht und die bisher gewohnten Ausgaben nicht mehr deckt, der wird insbesondere dann, wenn er sich über eine gewisse Dauer dieses Zustandes Rechenschaft gibt, seine Ausgaben so rasch wie möglich seinen Einnahmen anpassen. Er wird auch darauf bedacht sein, seine Reserven, wenn er über solche verfügt, nur soweit anzugreifen, als es die Übergangsperiode der Umstellung zum einfacheren Haushaltsbudget erfordert. Diese Logik ist der weitaus überwiegenden Mehrheit der schweizerischen Haushaltungen eine geläufige Selbstverständlichkeit. Sie ist auch eine Selbstverständlichkeit für jede wirtschaftliche Unternehmung. An Hunderttausende von Haushaltungen und Unternehmungen der Welt ist diese Notwendigkeit in den letzten Jahren herangetreten, und sie haben aus ihr die harten Konsequenzen gezogen.

Was für den einzelnen Haushalt, für das einzelne wirtschaftliche Unternehmen gilt, das sollte auch für die Unternehmen der öffentlichen Hand und ganz allgemein für den Haushalt von Staat und Gemeinden gelten. Ja, die Vorsicht sollte hier in erhöhtem Masse vorhanden sein, denn es handelt sich da um den Verbrauch fremden Geldes, des Geldes, das von der direkten Produktion erarbeitet werden muss. Wie hier gewirtschaftet worden ist, habe ich Ihnen an ein paar Zahlen demonstriert. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung unseres Landes hat zu einer Überwucherung des Staatssozialismus, zu einer staatlichen Besoldungs- und Sozialpolitik geführt, die der Tragfähigkeit der schweizerischen Produktion längst nicht mehr entspricht und heute zu einem höchst ungesunden Missverhältnis zwischen direkter Produktion und öffentlichen Diensten geführt hat. Jedermann wird die Pflicht der Allgemeinheit freudig bejahen, die Not der vom Unglück der Arbeitslosigkeit Betroffenen zu lindern, und hiefür, sowie zur Überbrückung einer gewissen Anpassungs- und Umstellungszeit für notleidende Wirtschaftszweige, deren Durchhaltung im Interesse des Landes liegt, die Reserven heranzuziehen. Aber gerade die aus

¹⁾ Schweizerische Ertragsbilanz 1934
(Schätzung)

	Aktiven in Millionen	Passiven in Millionen
Defizit der Handelsbilanz		590
Fremdenverkehr	200	
Kapitalerträge	300	
Unkontrollierbarer Handelsverkehr	10	
Energieausfuhr	20	
Transitverkehr	40	
Versicherung	30	
Kommissionen	20	
Post, Telegraph, Telephon		5
	620	595

solchen Hilfsaktionen unvermeidlich werdenden Mehrkosten sollten den für unseren Staatshaushalt Verantwortlichen die Pflicht auferlegen, die Ausgaben überall da zu senken, wo die Lage ihre Senkung rechtfertigt und damit in Form der Senkung der direkten und indirekten Steuern, der im Vergleich zum Ausland z. T. weit übersetzten Abgaben, Taxen, Tarifen und Gebühren etc. die der direkten Produktion aufgebürdete Last zwecks Wiedergewinnung ihrer Konkurrenzfähigkeit zu erleichtern. Ist es nicht an der Zeit, dass derjenige Ausgabenkomplex, der die Generalunkosten unserer Volkswirtschaft darstellt, der zusammengeschrumpften Produktion und dem verminderten Ertrag so rasch als möglich angepasst wird? Die Frage stellen, heisst sie bejahen. Wo diese Anpassung gesucht werden muss, ist angesichts des überwiegenden Faktors der Personalausgaben (bei den SBB betragen sie bekanntlich ca. 75% der Betriebsausgaben) naheliegend. Dass sie für die Betroffenen tragbar ist, zeigt der Vergleich folgender Indices auf Basis 1913: Einkommensindex der Beamten von Bund und Bundesbahnen 1933: 226 (einschliesslich Sozialversicherung und anderer Zulagen 241); 1934: 215 (230); Verdienstindex der Arbeiter der Maschinenindustrie 166% (Stundenverdienstindex 197); für die Angestellten dürfte er noch tiefer liegen; Lebenskostenindex: Durchschnitt 1934: 129, heute: 127.

Jeder Lohnabbau ist eine der sorgenvollsten Aufgaben eines Arbeitgebers, aber er würde sich des Mangels an Verantwortlichkeit schuldig machen, wenn er nicht diejenigen Massnahmen ergriffe, die notwendig sind, um den Zusammenbruch zu vermeiden. Er kann nicht mehr verteilen, als er einnimmt. Die Tausende von Angestellten und Arbeitern der notleidenden Exportindustrie haben sich diesem Abbau mit einem Verständnis und einer Resignation unterzogen, die hohe Achtung verdienen. Mögen diejenigen, die sich heute in der privilegierten Lage des Staatsdienstes befinden, nicht vergessen, dass ihr Einkommen bis zum letzten Rappen von der direkten Produktion aufgebracht werden muss und dass die ganze Superstruktur der staatlichen Verwaltung zusammenfällt, wenn das Fundament der Produktion nicht mehr trägt.

Wenn die Exportindustrie im Interesse der Wiedergewinnung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt den Ruf nach Abbau erhebt, so hat sie in erster Linie diese Verhältnisse im Auge. Sie liegen am offensten auf der Hand. Dabei kann und soll es sich nicht um einen jähen Sturz handeln. Es ist wirtschaftlich vernünftig, wenn sich solche Anpassungen allmählich vollziehen. Die Hauptsache ist, dass sie sich vollziehen und dass sie sich nach einem gewissen weitsichtigen Programm vollziehen. Man hat lange damit gewartet; ein erster bescheidener Schritt ist im Jahre 1934 getan worden; ein zweiter drängt sich auf, ein dritter wird ihm in angemessenem Abstand folgen müssen. Und das Endziel? Alles hängt von der weiteren Gestaltung unserer Wirtschaft ab. Mir scheint, dass als letzte Basis der Index gelten sollte, der sich nach Rückkehr normalerer Verhältnisse für die lebensfähigen Exportindustrien als tragbar erweisen wird.

Dass sich der Abbau auch auf diejenigen Wirtschaftszweige erstrecken muss, die auf die inländische Preisgestaltung von wesentlichem Einfluss, aber

von der Krise bisher ebenfalls in der Hauptsache verschont geblieben sind, bedarf keiner weiteren Betonung. Es handelt sich hier um alle diejenigen Wirtschaftszweige, die die Güter des grossen Konsums erzeugen und denen es unter dem Dache des Einfuhrschutzes oder auf Grund monopolartiger Stellung bisher gelungen ist, die Preise hochzuhalten. Dahin gehört insbesondere auch der zwischen Produzent und Konsument eingelagerte Verteilapparat, der Zwischenhandel, dessen volkswirtschaftliche Bedeutung keineswegs bestritten werden soll, der aber im Komplex des volkswirtschaftlichen Unkostenapparates einen Umfang angenommen hat, der über das wirtschaftlich gesunde Mass hinausgeht.

Der Botschaft zur Kriseninitiative entnehme ich hierüber folgende Zahlen:

Jahr	Bevölkerung in Tausend	Beschäftigte in	
		Industrie und Gewerbe	Warenhandel
1905	3515,8	630.966	103.912
1929	4021,5	802.108	167.394
Zunahme	14,4 %	27,1 %	61,1 %

Grosshandelsindex (vergleich- bare Waren)	1930	1931	1932	1933	1934	Februar 1935
	126	110	96	91	90	88
Kleinhandelsindex	158	150	138	131	129	127
in Prozenten des Gross- handelsindex	126	136	144	144	143	144

Über diese Verhältnisse spricht sich die Botschaft betreffend die Überwachung der Preise treffend wie folgt aus:

«Eine nicht immer gerechtfertigte Preisgestaltung ist, wie wir bereits gesagt haben, vor allem dort festzustellen, wo entweder der Staat direkt durch seine Schutz- und Stützungs-massnahmen die freie Marktpreisentwicklung beeinflusst hat, oder wo — indirekt gefördert durch Zölle oder andere günstige Voraussetzungen infolge staatlicher Einfuhrschutzmassnahmen — Kartelle oder ähnliche Gebilde bestehen, welche die Preise auf einer Höhe halten können, die im Interesse des Volksganzen heute nicht mehr tragbar erscheinen.

Wenn somit ein bedeutender Teil unserer Bevölkerung sich noch in einer befriedigenden Situation befindet, während ein anderer die ganze Schwere der Lage auf sich ruhen fühlt, so ist dies, sofern nicht das öffentliche Personal in der Verwaltung in Frage steht, auf die Hochhaltung von Preisen und Tarifen zurückzuführen, und wir stehen vor der unbestreitbaren Tatsache, dass solche, die unter der Krise in ihren eigenen Interessen schwer leiden, überdies noch in Form höherer Preise dazu beitragen müssen, das Einkommen anderer, glücklicherer Volksgenossen zu halten. Wir erachten eine derartige Unausgeglichenheit der Verhältnisse für ungesund und die aus ihnen entstehenden innern Spannungen für den Zusammenhalt unseres Volkes für gefährlich.»

Die Sachkenntnis fehlt mir, um mich zur umstrittenen Frage der landwirtschaftlichen Preise zu äussern. Ist die Lage der Landwirtschaft so schlecht, wie diejenige vieler Exportzweige (sie war ja früher selbst grosser Exporteur), so wird ihr, wie der Exportindustrie, wohl zurzeit ein weiterer Abbau nicht auferlegt werden können. Dagegen wird ja immer wieder auf die gegenüber früher enorm gestiegene Verschleissspanne, d. h. auch hier den Verteilapparat zwischen Produzent und Konsument, hingewiesen.

Bei diesen Wirtschaftszweigen erhebt sich die bedeutungsvolle Frage, ob diese Senkung sich selbst überlassen oder durch staatliches Diktat herbeigeführt werden soll. Die Meinungen hierüber sind geteilt. Wenn ich Ihnen die meinige sagen darf, so bin ich als überzeugter Anhänger der freien Wirtschaft gegen jedes staatliche Diktat, mit Ausnahme derjenigen Fälle, wo durch staatlich verfügte Einfuhr- und Produktionsbeschränkung das freie Spiel von Angebot und Nachfrage künstlich gehemmt worden ist. Hier kann und muss durch das Ventil der Einfuhrregulierung ein wirksamer Einfluss auf die Preise ausgeübt werden, und es ist, wie dies der Bericht der Kommission erkennen lässt, auf dem die Botschaft betreffend die Preiskontrolle fusst, höchste Zeit, dass hier ein Abbau systematisch einsetzt. Wo sich die Lockerung der Einfuhrdrosselung im Interesse der Erhaltung der schweizerischen Arbeit zurzeit nicht empfiehlt, da allein rechtfertigt sich gegebenenfalls ein staatliches Preisdiktat als Korrelat der staatlichen Protektion. Ich glaube, dass die Grundsätze, welche in dem in der gegenwärtigen Session zur Behandlung gelangenden Antrag des Bundesrates betreffend Preiskontrolle niedergelegt sind, in dieser Hinsicht durchaus das Richtige treffen. Ob sie Erfolge zeitigen wird, hängt allerdings ganz von den Instruktionen und der Art ihrer Durchführung durch die Persönlichkeiten ab, denen diese dornenvolle Aufgabe zufallen wird.

Nichts kann im übrigen die Schäden und Missstände, welche sich aus dem Eingriff des Staates in die freie Wirtschaft, in die freie Auswirkung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ergeben, greller beleuchten als diese Botschaft. Zuerst Einfuhrdrosselung mit all ihrer willkürlichen Kasuistik, mit all ihrer Preisstützung und Preisverkrustung, nachher Kontrolle der Missstände, die sich daraus ergeben. Als Folge eine fortgesetzte Vermehrung des staatlichen Verwaltungspersonals, das mit mehr oder weniger Sachkenntnis und Geschick das Richteramt über Leben und Tod der Wirtschaft ausübt. Welche Instanz ist bei der ungeheuren Kompliziertheit der Wirtschaft der Aufgabe gewachsen, objektiv zu entscheiden, wo und in welcher Höhe sich Einfuhrbeschränkungen, Kontingente, Zollerhöhungen rechtfertigen, und welches der «gerechte» Preis ist, den die so geschützten Wirtschaftszweige verlangen dürfen? Wie viel menschliche Unzulänglichkeit verkehrt hier oft die scheinbare Gerechtigkeit für die einen in krasseste Ungerechtigkeit für die andern! Wenn auch gewiss die Notwendigkeit dieser Eingriffe als Ausnahme und vorübergehende Notmassnahme zugegeben werden soll, so wollen wir doch zum Himmel beten, dass er uns vor der weiteren Ausdehnung dieser Planwirtschaft schütze.

Diese Zurückhaltung sollte ganz besonders für diejenigen staatlichen Eingriffe gelten, die nicht auf die Verteidigung gegenüber dem Ausland, sondern auf die Regelung der Produktion im Inland gerichtet sind. Man mache sich nur einmal klar, wohin z. B. letzten Endes eine Ausdehnung des staatlichen Verbotes der Erweiterung und Neuerstellung von Fabriken auf alle Industrien führt, wie es bereits für einzelne Industrien besteht! Was der einen Industrie recht ist, ist der andern billig. Wir werden dann in unserem Lande soweit kommen, dass überhaupt nichts mehr gebaut wird als ein paar grosse Verwaltungsgebäude, in denen das Personal untergebracht wird, das die Nachachtung dieser Vor-

schriften überwacht und die «gerechten Preise», Gehälter und Löhne festsetzt. Man sollte meinen, dass hier der Preis einen genügenden Regulator bilden würde, insofern das Spiel von Angebot und Nachfrage nicht künstlich gehemmt wird. Wir segeln mit einer solchen Anrufung der staatlichen Intervention mit vollen Segeln in den Staatssozialismus hinein und töten jede Initiative und jeden Fortschritt.

Ebenso vorsichtig wird der Staat sein müssen in der Förderung neuer Industrien. Sie ist eine höchst verdienstvolle Aufgabe, aber sie darf meines Erachtens nicht zur Kultur von Treibhauspflanzen führen, die das inländische Preisniveau wiederum verteuern und damit die Anpassung an den Weltmarkt erschweren. (Zu diesem Thema nur noch eine Zwischenbemerkung. Die Förderung neuer Industrien setzt vor allem wieder einmal eine andere Einstellung der Mentalität von Behörden und Volk zum Unternehmer voraus. Der Unternehmer steht ja nicht hoch im Kurs, und wenn die heutige Not zu einer wieder etwas angemesseneren Würdigung seines volkswirtschaftlichen Nutzens führt, so wäre das nicht vom Übel. Was für sonderbare Blüten die landläufige Einschätzung treibt, möchte ich nur daran demonstrieren, dass der Ertrag des viel grösseren Risiken unterworfenen Unternehmerkapitals mit einer um 50% höheren Couponsteuer bestraft wird als der feste Zins und dass die Krisensteuer das z. B. in einer Fabrik immobilisierte Vermögen des Unternehmers auch dann heranzieht, wenn es keinen Ertrag abwirft, sondern längst durch Verluste dezimiert ist. O welche Lust, Unternehmer zu sein.)

In allen Fällen, wo ein staatlicher Eingriff in die Preise nicht in Frage kommt, dürfte die zunehmende Einkommensenkung weiter Bevölkerungsschichten wohl von selbst die nötige Korrektur herbeiführen. Das gilt meines Erachtens ganz besonders auch für die Mieten. Die Exportindustrie darf aber wohl auch hier an die massgebenden Kreise einen Appell der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft richten, das ihrige zum Abbau unseres überhöhten Preisniveaus, das man ja im Volksmund zutreffend Apothekerpreise nennt, zu tun und damit zur Erhaltung des Fundamentes beizutragen, auf dem in weitem Masse auch ihre Existenz ruht. Auch unsere Banken hätten ja sicher dazu heute alle Veranlassung.

So sieht etwa der Abbau aus, den sich die Exportindustrie vorstellt. Er soll dazu dienen, im Interesse aller unsere Volkswirtschaft wieder auf eine konkurrenzfähige Basis zu stellen; er soll den Lebenskostenindex senken und damit der Exportindustrie eine weitere Anpassung ihrer nominellen Löhne ermöglichen, ohne den in ihr Tätigen eine weitere Senkung ihres Realeinkommens zumuten zu müssen. Dabei vergleichen wir nicht mit Japan, sondern stellen auf die Verhältnisse der uns konkurrenzierenden europäischen Staaten ab.

Es ist nicht ausgeschlossen, ja, es ist sehr wahrscheinlich, dass bei endlicher Stabilisierung der Währungen Lebenskostenindex und Löhne dieser Staaten wieder eine aufsteigende Richtung verfolgen und die beiden Kurven, unsere absteigende und jene aufsteigende, dann in absehbarer Zeit sich, wenn nicht treffen, so doch stark annähern. Auf unser jetziges Niveau wird jene aber auch im günstigsten Falle nicht mehr heraufklettern, und darum muss die unsrige

sich senken. Dass bis zu jenem Treffpunkt eine reichliche Marge für diese Senkung besteht, werden wir uns nicht verhehlen dürfen. Und leider sind ja heute die Aussichten auf Stabilisierung wieder sehr trübe.

Ich möchte mich nun mit den wichtigsten Argumenten kurz auseinandersetzen, die gegen den Abbau ins Feld geführt werden:

1. Nie fertig wird man mit den statistischen Jongleuren, welche anhand von allerlei Statistiken nachweisen wollen, dass es in der schweizerischen Volkswirtschaft keineswegs so schlimm aussieht, dass es bei uns noch viel besser steht als in andern Ländern oder dass das Quecksilber unseres Wirtschaftsbarometers schon wieder steigt. Die Statistik ist bekanntlich eine sehr kapriziöse Dame, die ihr Inneres nur demjenigen enthüllt, der die nötige Sachkenntnis besitzt. Mit Statistik kann man fast alles beweisen. Nichts ist schwieriger, als sie richtig zu interpretieren; wie viel Unheil hat sie in unkundigen Händen schon angerichtet! Es gibt solchen statistischen Beweisen gegenüber nur eine Antwort: die Tatsachen. Die Exportindustrie ist stets bereit, sie jedem offen darzulegen, der den guten Willen mitbringt, sie ohne Voreingenommenheit kennenzulernen. Wer mit offenen Augen sehen will, dem wird der Ernst der Lage nicht entgehen können. Und wo einmal der Zeiger der Monatsstatistik in gewissen Positionen etwas nach aufwärts zeigt, da wollen wir uns darüber freuen, aber nicht vergessen, dass auf andern das Umgekehrte zutrifft, dass die Statistik zu ihrer Schlüssigkeit längere Zeiträume und grosse Zahlen voraussetzt und dass eine Schwalbe noch keinen Sommer macht. Wenn Herr Professor Laur immer wieder betont, dass man mit Pessimismus nicht vorwärts komme, so gebe ich ihm darin durchaus recht. Aber mit Coué ist in der Beurteilung volkswirtschaftlicher Lagen eben doch nicht durchzukommen.

2. Es wird immer wieder behauptet, dass der Abbau der Exportindustrie keine Besserung bringen werde, da dem Ausland eben die Kaufkraft oder der Wille zum Kauf schweizerischer Produkte mangle. Wir können jedenfalls in der Maschinenindustrie anhand einer beliebigen Zahl von Beispielen nachweisen, dass diese Behauptung nicht stimmt, dass ein gewisser Bedarf vorhanden ist und sogar eher zunimmt und dass gerade die Industrialisierungstendenzen der Agrar- und Kolonialländer den Export unserer Produktionsmittelindustrie befruchten können, allerdings sehr oft nur in Verbindung mit mehr oder weniger langfristigen Krediten. Es ist merkwürdig, wie die von mit Sachkenntnis nicht getrübttem Blick Gesegneten die Lage immer viel besser beurteilen können, als diejenigen, die mitten im Kampfe stehen. Dabei dürfen wir uns freilich nicht verhehlen, dass heute der Weltmarkt in gewissen Industrien völlig deroutiert ist, dass der Kampf Zustände und Formen angenommen hat, wie sie unsinniger, ungesunder und für unsere Maschinenindustrie ruinöser nicht auszudenken sind. Es handelt sich hier um nichts Geringeres als einen staatlich organisierten, mit staatlichen Machtmitteln geführten Vernichtungskrieg, der zudem in gewissen Ländern in erheblichem Umfang auf Kosten der ausländischen Gläubiger geführt wird. Ein geradezu erschreckendes Bild staatlicher Planwirtschaft.

Aber selbst dann, wenn dieses Argument der mangelnden Nachfrage stichhaltig wäre, wäre dann der Abbau überflüssig? Wäre er dann nicht viel

mehr doppelt angebracht als Mittel zur Verminderung der Verluste und damit zu längerem Durchhalten bis auf bessere Zeiten? Und wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass sich gewisse Exportindustrien überhaupt nicht mehr erholen werden und besser tun, so rasch wie möglich ihre Tore zu schliessen, glauben dann die Gegner des Abbaues, dass die Durchhaltung dieses Heeres von unglücklichen Arbeitslosen, denen der Binnenmarkt nur ganz geringen Arbeitersatz und im allgemeinen nur solchen unproduktiver Natur bieten könnte, die schweizerische Volkswirtschaft weniger kosten würde? Müsste nicht die ganze Last dieser Durchhaltung auf die andern Wirtschaftszweige überwälzt werden und diejenigen, die jetzt so sehr auf ihrem hohen Ross sitzen und jegliches Opfer ablehnen, in ungleich grössere Mitleidenschaft ziehen als die, die ihnen heute zugemutet wird? Mir scheint, dass auf diese Konsequenzen heute viel zu wenig hingewiesen wird.

3. Das Argument der Kaufkraft. Die Botschaft zur Kriseninitiative rechnet mit dieser Theorie in überaus treffender Weise ab. Mir ist sie — ich kann die Dinge nach bestem Wissen und Gewissen drehen, wie ich will — als Argument gegen den Abbau einfach unverständlich, und ich habe mich oft gefragt, ob mein Verstand zu beschränkt sei, um ihren grossen Flug zu fassen. Ich erinnere mich lebhaft an die Volkswirtschaft Martin Salanders, die Gottfried Keller so reizvoll beschrieben hat. Man nimmt das Geld aus der einen Tasche und tut es in die andere und hat dann plötzlich die Kaufkraft in beiden Taschen. Wie stehen die Tatsachen? Das Schweizervolk verfügt über ein gewisses Gesamtvermögen und einen gewissen Gesamtertrag. Sie repräsentieren die Gesamtkaufkraft. Diese Kaufkraft ist heute so verteilt, dass weite Bevölkerungsschichten, viele Arbeitslose und Teilarbeitslose, sich grosse Einschränkungen auferlegen müssen, in ihrer Kaufkraft stark geschwächt sind, während sie andern in relativ reichlicher Masse zur Verfügung steht. Der Abbau soll nicht nur einen gewissen Ausgleich in dieser grossen Verschiedenheit herbeiführen, sondern vor allem die Bedingungen schaffen, oder wenigstens erleichtern, unter denen die Arbeitslosen wieder zu produktiver Tätigkeit zurückgeführt und damit der Gesamtertrag, die Gesamtkaufkraft unserer Wirtschaft wieder gesteigert werden kann, womit dann auch das Opfer des Abbaues sich für die Abgebauten vermindert. So und nicht anders stellen sich die Dinge meinem Verstande dar.

Gegen etwas lasse ich die Kaufkrafttheorie gelten, gegen die Abwertung des Schweizerfrankens. Es genügt, neben vielen andern triftigen Gründen, darauf hinzuweisen, dass, wie bereits erwähnt, die Nettoguthaben der Schweiz im Ausland sich nach Schätzungen der Nationalbank auf ca. 7 Milliarden belaufen. Ist auch diese Schätzung vielleicht etwas zu hoch gegriffen und sind diese Guthaben nicht durchwegs an die Schweizerwährung geknüpft, so ist doch leicht einzusehen, was für grosse Verluste unserem nationalen Vermögen und unserem nationalen Ertrag durch eine Abwertung erwüchsen. Mit diesen Bemerkungen möchte ich auch gleich die Stellung kennzeichnen, die auch die Exportindustrie gegenüber der Abwertung unserer Währung einnimmt. Sie ist, trotzdem sie ihr vielleicht vorübergehend eine gewisse Erleichterung bringen dürfte, in ihrer grossen Mehrheit ablehnend, weil der Währungserfall auf die Dauer nicht

nur nicht zur Heilung, sondern für unsere gesamte Volkswirtschaft zu schweren Schäden führen würde. Dass sie sich gegen unseren Willen durchsetzen wird, wenn das Volk die Anpassung durch Abbau ablehnt, dürfte leider kaum bezweifelt werden können. Es ist eine unglaubliche Demagogie, wenn man dem Volke vorspiegelt, wie das heute geschieht, dass die Annahme der Kriseninitiative geradezu im Interesse der Sicherung unserer Währung sei.

4. Weiteres Argument: Dem Staate stehen noch reichliche Einnahmequellen zur Verfügung. Bevor sie erschöpft sind, soll jeder Abbau unterbleiben. Man kann schliesslich auch durch Schulden neue Kaufkraft schöpfen. Das ist die Einstellung der Kriseninitiative. Die Widerlegung dieses gefährlichen Standpunktes ist in der Botschaft zur Kriseninitiative in so lucider Weise geführt, dass ich mir nicht versagen kann, einige wenige, besonders hervortretende Sätze daraus zu zitieren:

Seite 59: «Die Schaffung neuer Einnahmen ist überaus schwierig. Die Steuer- und Abgabenglast, die das Schweizervolk zu tragen hat, ist seit der Vorkriegszeit bis heute von ca. 268 Millionen auf nahezu 1 Milliarde gestiegen. Der Bund hat bereits eine Krisenabgabe, d. h. eine Steuer auf dem Einkommen und in bescheidener Weise auch auf dem Vermögen, eingeführt. Die Besteuerung von Einkommen und Erwerb ist für Gemeinden, Kantone und Bund zusammengerechnet heute sehr bedeutend, und dazu tritt erst noch die Couponsteuer. Müsste aus Vermögen und Einkommen mehr herauspresst werden, eine Möglichkeit, die äusserst fraglich erscheint, so wäre es kaum zu umgehen, auch kleinere Vermögen und Einkommensbeträge zur Besteuerung heranzuziehen, denn nur so könnte eventuell eine Erhöhung der Erträge gesichert werden.»

Seite 60: «Auf die Vermehrung der Bundesschuld werden wir noch zu sprechen kommen. Hier möchten wir nur betonen, dass der von den Initianten geplante Zugriff auf Kapital und Vermögen unsere heute schon kranke Wirtschaft an den Abgrund führen würde.»

Seite 61: «Unsere Schuldentilgung ist angesichts der Bundesschuld von etwa 1,7 Milliarden wahrlich bescheiden. Bei den Bundesbahnen erhöht sich sogar die Schuldenlast jährlich regelmässig um eine sehr erhebliche Summe. Davon endlich, dass in unserer Wirtschaft grosse Reserven stecken, ist, wie gezeigt, keine Rede. In der gegenteiligen Behauptung liegt eine grosse Selbsttäuschung und eine vollständige Misskennung der wirtschaftlichen Lage. Dass endlich Steuerreserven fehlen und Bund, Kantone und Gemeinden alle denkbaren Steuern ausnützen, haben wir bereits nachgewiesen. Die wirtschaftlichen Reserven aber sind zum grössten Teil aufgezehrt. Das Kapital schrumpft zusammen; die Einlagen von Spar- und Depositengeldern und der Bestand an Kassaobligationen auf unseren Banken nehmen ab; grosse Verluste sind eingetreten, weitere sind zu erwarten. Alle Berufsstände befinden sich in einer schwierigen, zum Teil tragischen Situation.»

Kann man in ernsterer und überzeugenderer Weise dartun, wie dringend der Abbau ist und welche katastrophalen Folgen die Annahme der Kriseninitiative für unsere Volkswirtschaft haben müsste? Es wird auch bei durchgreifender Anpassung und bei grösster Sparsamkeit des Aufwandes der letzten Steuerkraft bedürfen, um neben Bestreitung der ordentlichen Aufgaben den zahlreichen ausserordentlichen Ansprüchen gerecht zu werden, die die Notlage erfordert. Die zur Vermehrung unseres Nationaleinkommens und zur Förderung unserer nationalen Produktion dringend erforderliche neue Kapitalbildung wird unter diesen Verhältnissen schon schwer genug leiden, und diese Unterbindung neuer

Säftezufuhr wird die Tragfähigkeit des Astes, auf dem unsere Volkswirtschaft sitzt, stark schwächen. Eine Volkswirtschaft, die kein neues Kapital mehr bildet, die auf die Dauer mehr verbraucht als sie einnimmt, geht der Verarmung entgegen. Soweit neue Kapitalbildung überhaupt noch möglich ist, soll sie nicht, wie seit längerer Zeit, in die Kanäle der unproduktiven Staatswirtschaft und Staatsbureaukratie abdrainiert werden, sondern sie soll der Neubildung und Stützung produktiver Unternehmungen, der Förderung wagemutigen, aufstrebenden, initiativen Unternehmergeistes dienen, der allein die Wirtschaft wieder vorwärts bringen kann. Für den Güterexport insbesondere ist auch der Kapitalexport von grosser Wichtigkeit. Diese Wahrheit ist von Bankautoritäten wiederholt in scharfer Formulierung betont worden und sie haben überzeugend dargelegt, dass in der Weltwirtschaft der Warenstrom stets dem Kapitalstrom folgt. Gerade heute bedarf unsere Exportindustrie dieser Unterstützung in ganz besonderem Masse und wird ihrer noch mehr bedürfen, wenn einmal die Verhältnisse auf dem Weltmarkt wieder stabiler geworden sind. Kapitalpotenz ist stets eine wichtige Waffe im Wirtschaftskampfe gewesen, sie wird es im zukünftigen Wirtschaftskampf der Völker noch in viel höherem Masse sein. Darum halte die Schweiz die noch vorhandenen Reserven zusammen, um für den Konkurrenzkampf der Exportindustrie gerüstet zu bleiben.

Während ich die Stichhaltigkeit der bisher genannten Argumente gegen den Abbau nicht anerkennen kann, scheint mir indessen das folgende besonderer Beachtung wert. Es wird betont, dass der einseitige Abbau die Kapitallasten der Produktion erhöhe, d. h. das Realeinkommen des Kapitals zuungunsten der Arbeit steigere. Das ist grundsätzlich zutreffend. Aber die Dinge liegen nicht so einfach. Einerseits kann nicht bestritten werden, dass die Reallast einer in der Zeit der hohen Preise eingegangenen Schuld heute höher, je nach dem Zeitpunkt, in dem sie eingegangen wurde, viel höher ist, als damals. Während in normalen Zeiten der Lebenshaltungsindex sich innert verhältnismässig engen Grenzen bewegt und stärkere Änderungen sich über lange Zeiträume erstrecken, hat der Krieg in diesen normalen Verlauf gewaltige Störungen gebracht. In vielen Fällen ist deshalb, wie beim Arbeitseinkommen, eine angemessene Anpassung auch des Kapitals grundsätzlich eine Forderung der Gerechtigkeit. In andern wieder liegen die Dinge gerade umgekehrt, eine langfristige Forderung, die schon vor der grossen Preishausse bestanden hat, ist während vieler Jahre in ihrem Ertrag stark zu kurz gekommen, und ihr Realwert ist auch heute noch kleiner als damals. Manches ist auch schon abgebaut worden. Jedenfalls haben diejenigen, deren Einkommensindex noch weit über 200 über Vorkriegsniveau steht, kein Recht, dem Kapital einen weiteren Abbau zuzumuten, bevor sie nicht selbst einmal vorangegangen sind. Im übrigen kommt es einem heute wieder einmal so recht zum Bewusstsein, und das ist gut, dass Kapital und Kapital, über das kritiklos so viel geschimpft wird, nicht dasselbe ist; dass man unterscheiden muss zwischen Unternehmerkapital und Forderung, zwischen eigenem und fremdem Geld, zwischen Unternehmer und Gläubiger. Das Schicksal des Unternehmerkapitals ist mit dem Schicksal des Unternehmens

auf Leben und Tod verkettet, diese Erkenntnis ist jedermann geläufig. Nicht so geläufig der sich daraus ergebende Schluss, dass die Form des Unternehmerkapitals die denkbar gesundeste, ich möchte sagen ethischste Form des Kapitalismus ist. Ganz anders die Stellung des Gläubigers, des Obligationärs. Er hat eine starre Forderung mit starrem Zinsanspruch. Solange das Unternehmen ausschliesslich mit Unternehmerkapital finanziert ist oder solange sich das Verhältnis von Unternehmerkapital und Gläubigerkapital in wirtschaftlich gesunden Grenzen bewegt, entstehen auch bei stärkeren Konjunkturschwankungen keine gefährlichen Spannungen zwischen Ertrag und Kapitallast. Wo aber die Finanzierung durch Schulden eine gewisse Sicherheitszone überschreitet, stellen sich diese Spannungen ein und führen leicht zur Katastrophe. Das ist die Situation, in der sich heute ein grosser Teil unserer Volkswirtschaft, vom Kleinbauern und Kleingewerbebetrieb bis hinauf zum Staate befindet. Die Finanzierung durch Schulden ist vielerorts in den Zeiten der Prosperität auf der Basis eines Ertragswertes vorgenommen worden, der dem heute zusammengeschrunpften Ertrag nicht mehr standhält. Daher die Überschuldung so vieler Wirtschaftsbetriebe, daher der Ruf nach Stützung von allen Seiten, daher auch, um nur ein typisches Beispiel aus der Staatswirtschaft zu nennen, die Überschuldung unserer Bundesbahnen. Nicht dass deswegen überall von einer früheren leichtsinnigen Kreditwirtschaft die Rede sein könnte. Die Krisis hat einen Grad erreicht, den wohl auch ein sorgfältiges Auge in dieser Schärfe nicht voraussehen konnte. Für viele ist die heutige Katastrophe nicht Schuld, sondern Schicksal. Aber man wird nicht leugnen können, dass in zahlreichen Fällen, auf allen Gebieten unserer Wirtschaft, auch unter den früheren günstigeren Auspizien das gesunde Mass der Kreditinanspruchnahme und Kreditgewährung überschritten, zum Teil weit überschritten worden ist. So oder so, aus dieser Situation muss nun eben auch der Gläubiger die Konsequenzen ziehen. Er ist letzten Endes so schicksalsverbunden mit der Wirtschaft, wie der Unternehmer. Der Ertrag ist die harte Basis, nach der sich die Bewertung aller Wirtschaftswerte richten muss. Das ist die heilsame, aber freilich teure Lehre aus der heutigen Lage. Es hat keinen Sinn, sich darüber Sand in die Augen zu streuen. Das ganze Wertgebäude muss umgewertet werden. Für diese Umwertung sind meines Erachtens generelle Massnahmen nicht geeignet. Es muss sich um eine Sanierung von Fall zu Fall, durch Verständigung zwischen Schuldner und Gläubiger handeln. Und es wird gut sein, wenn sie sich in elastischer Weise, unter Berücksichtigung späterer Besserungsmöglichkeiten, vollzieht.

Wir befinden uns mitten in dieser Sanierungsaktion, und die Frage ist äusserst delikate, inwieweit die Allgemeinheit sich an ihr beteiligen muss und kann. An Ansprüchen an sie fehlt es nicht, und der Staat hat ja schon für eine Reihe von Wirtschaftszweigen in vielseitiger Form sehr viel getan. Aber an dem Grundsatz muss meines Erachtens unbedingt festgehalten werden, dass die Sanierung in erster Linie Sache von Schuldner und Gläubiger sein muss, dass auch dem letzteren Opfer nicht erspart bleiben können. Das Unternehmerkapital hat wahrhaftig schon längst seinen schweren Tribut zahlen müssen. Wer über die Grössenordnung dieser Wertanpassung auf dem weiten

Gebiet unserer Volkswirtschaft sich ein Bild zu machen vermag, der wird nicht im Zweifel darüber sein können, dass der Hilfe des Staates hier enge Grenzen gezogen sind. Darüber werden die verantwortlichen Organe des Staates zu wachen haben.

Ein Problem ist damit allerdings nicht gelöst, dasjenige der Zinslast der öffentlichen Hand. Denn hier spielt das Moment des Staatskredites eine entscheidende Rolle. Der Aberglaube der Mündelsicherheit des Kredites der öffentlichen Hand hat durch die Krise auf der ganzen Welt einen schweren Stoss erlitten. Die Lehre, dass der Ertrag die Basis der Bewertung aller Wirtschaftswerte ist, gilt eben auch für die Gläubiger der öffentlichen Hand. Der Staat lebt von der Wirtschaft, nicht die Wirtschaft vom Staate. Diese primitive Wahrheit klingt heute vielen Tausenden wie eine neue Entdeckung. Viele verstehen sie allerdings auch heute noch nicht oder wollen sie nicht verstehen. Die Staaten, die ihre früher eingegangenen finanziellen Verpflichtungen halten konnten, sind wohl an den Fingern einer Hand zu zählen. Schuld oder Schicksal? In den meisten Fällen wohl das letztere, in manchen auch beides. Wie steht es bei uns? Ob nicht einzelnen Kantonen und Gemeinden die Last der Krise zu schwer werden wird, möchte ich dahingestellt sein lassen. Dass andererseits das Schweizervolk seine ganze Kraft und Ehre dafür einsetzen muss und wird, dass der Bund seinen Verpflichtungen nachkommen kann, darüber darf kein Zweifel bestehen. Von einer Zwangskonversion darf meines Erachtens keine Rede sein. Dass aber die Last in Anbetracht des zusammengeschmolzenen Nationalvermögens und Nationaleinkommens schwer werden wird, darüber redet die Botschaft zur Kriseninitiative eine beredte Sprache. Um so energischer dürfen diejenigen, auf deren produktiver Kraft unser Staat ruht, verlangen, dass die für unsere staatlichen Finanzen verantwortlichen Organe den Ernst der Lage erkennen und sich der Abhängigkeit des Staates von der Wirtschaft bewusst bleiben. Eine weitere Vermehrung unserer Staatsschuldenlast ist nicht mehr tragbar, sie würde zur Katastrophe führen.

Mit der Anerkennung des Grundsatzes — der sich doch wohl als eine Selbstverständlichkeit aufdrängt und als Grundsatz für die Schuldverhältnisse in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft gelten muss — des Grundsatzes, dass auch das Kapital zum Abbau herangezogen werden muss, fällt auch dieses Argument der Abbaugegner. Ob sich die Anpassung in Form der Zinssenkung oder Kapitalreduktion vollziehen soll, muss der Beurteilung des Einzelfalles überlassen bleiben. Man wird sich dabei nicht darüber täuschen dürfen, dass ein Zinsabbau auf alten Schulden grundsätzlich keinen Einfluss ausüben kann auf die Zinsgestaltung der Zukunft. Diese wird auch weiterhin dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen, und diejenigen, die heute am lautesten nach Zinsabbau schreien — es sind dieselben, die dem Staate mit der Kriseninitiative eine unerhörte Vermehrung seiner Schuldenlast aufbürden wollen — werden nicht leugnen können, dass jede Erhöhung dieser Last eine Verknappung des Geldes und damit nicht eine Ermässigung, sondern eine Steigerung des Zinsfusses nach sich ziehen wird. Mit Wirtschaftslogik stehen aber diese Herren bekanntlich auf sehr gespanntem Fuss.

5. Gegen den Abbau wendet sich auch ein Vorschlag des Verbandes schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie und verwandter Industrien, der dahin geht, der Exportindustrie das Durchhalten dadurch zu ermöglichen, dass aus einer zusätzlichen Belastung der Einfuhr, generell oder beschränkt auf gewisse Warenkategorien, ein Notfonds zu bilden wäre, aus dem der Exportindustrie vermehrte Subsidien in Form der Erweiterung der produktiven Arbeitslosenfürsorge oder auf andere Weise gewährt werden könnten. So bestechend dieser Vorschlag an sich auf den ersten Blick ist, so führt er doch bei näherer Überlegung zu ungesunden und unhaltbaren Konsequenzen.

Dass während der Anpassungsperiode die produktive Arbeitslosenfürsorge vielleicht noch eines gewissen Ausbaues bedarf, ist nicht ausgeschlossen. Dazu braucht es aber keines besonders hiefür zu bildenden Zweckfonds, mit denen man schon an andern Orten schlechte Erfahrungen gemacht hat. Sodann aber bedeutet er ja nichts anderes als eine Erhöhung der indirekten Steuern, er perpetuiert nicht nur die hohen Preise, sondern bewirkt notwendigerweise ihre Erhöhung, also eine Steigerung des Lebenshaltungsindex und damit eine Senkung des Realeinkommens, die natürlich auch die in der Exportindustrie längst abgebauten Einkommen trifft. Er führt uns immer weiter vom Weltmarkt weg und immer tiefer in das Subventionswesen. Er sanktioniert expressis verbis die staatliche Reglementiererei, den Staatssozialismus, und schwächt damit immer mehr den Willen zur Selbsthilfe, der allein auf die Dauer wieder zur Gesundheit führen kann. Er ist der Beginn eines *circulus viciosus*, der in seiner letzten Konsequenz dazu führt, dass der Staat der souveräne Verteiler des gesamten Nationaleinkommens unter alle Erwerbszweige des Volkes wird. Auch bleibt seine Durchführbarkeit mit Rücksicht auf das Ausland zum mindesten sehr fraglich.

Von welcher Seite man also immer die Dinge betrachten mag, es gibt in der heutigen kritischen Lage unserer Volkswirtschaft keine andere Wahl als Senkung unserer Produktionskosten, Verbilligung unserer Lebenshaltung, Rückkehr zu grösster Sparsamkeit auf der ganzen Linie, vor allem bei der öffentlichen Hand.

Die Exportindustrie hat vor kurzem einen letzten Appell an die Einsicht aller gerichtet, denen das Wohl unseres Landes am Herzen liegt. Sie ist vielerorts am Ende ihrer Kraft. Wenn diese Kraft einmal gebrochen, das feine Gefüge ihres Organismus zerstört ist, der Pulsschlag aufgehört hat, dann wird der Wiederaufbau fast unmöglich sein, das möge man an verantwortlicher Stelle bedenken. *Caveant consules.*

Muss damit der Abbau das überragende Zentralproblem für die Wiedergewinnung unserer Konkurrenzfähigkeit bilden, so darf doch selbstverständlich kein Mittel, sei es der Selbsthilfe, sei es der Mithilfe des Staates, unversucht gelassen werden, um die Exportindustrie durchzuhalten.

Es ist in letzter Hinsicht schon manches geschehen, das die Exportindustrie dankbar anerkennt. Dabei darf sie wohl darauf hinweisen, dass der finanzielle

Aufwand, der dem Staat aus dieser Hilfe bis jetzt erwachsen ist, sich im Verhältnis zu anderen Erwerbszweigen in recht bescheidenem Rahmen bewegt. Er beschränkt sich zurzeit auf die Exportrisikogarantie und die produktive Arbeitslosenfürsorge. Die erstere soll den Exporteur gegen das Risiko staatlicher Zahlungsunmöglichkeit, staatlicher Moratorien, Transferschwierigkeiten, Währungsentwertungen etc. schützen, wobei die Übernahme des Risikos der Zahlungsunfähigkeit des privaten ausländischen Schuldners ausdrücklich ausgeschlossen ist. Gegenüber den Exportrisikogarantien der meisten anderen Staaten, die dieses Risiko allgemein einschliessen, steht auch das quantitative Ausmass der schweizerischen Exportgarantie allgemein stark zurück. Es beschränkt sich auf maximal 50% seitens des Bundes und erreicht zurzeit bei Unterstützung durch Kantone und Gemeinden z. B. im Kanton Zürich 60%. Der Exporteur hat unter allen Umständen mindestens 30% des eingetretenen Verlustes selber zu tragen; er darf sich gegen diesen Verlust nicht einmal versichern.

Bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge handelt es sich um Lohnzuschüsse, die der Industrie im Interesse der Durchhaltung die Übernahme von Aufträgen ermöglichen sollen, die des schlechten Preises wegen sonst nicht hätten übernommen werden können. Diese Zuschüsse gelten nur in besonders gearteten Fällen und sind auf den Höchstbetrag beschränkt, den die Arbeitslosenfürsorge bei Arbeitslosigkeit der den Auftrag ausführenden Arbeiter kosten würde. Ich lege Wert darauf, hervorzuheben, dass es sich also hier um eine staatliche Hilfe handelt, die wie übrigens auch die Exportgarantie, ausschliesslich den Zweck verfolgt, dem Staate die viel höheren Lasten der unproduktiven Arbeitslosenfürsorge zu ersparen, und bei der man peinlich darauf Bedacht genommen hat, dass sie den Arbeitgeber nicht bereichert. Art. 3 bestimmt, dass der Unternehmer selbst angemessene Opfer zu bringen habe und dass er auch bei Einrechnung des Fabrikationszuschusses keinerlei Gewinne erzielen dürfe. Der Staat behält sich überdies vor, diese Zuschüsse innerhalb einer gewissen Frist zurückzuverlangen, falls innerhalb derselben das Unternehmen wieder prosperiert. Die Exportindustrie beklagt sich über diese restriktiven Klauseln nicht; sie schützen sie vor naheliegenden Vorwürfen. Aber sie sind psychologisch insofern interessant, als solche Subtilitäten für den teils recht ausgiebigen Einfuhrschutz, den Arbeit und Kapital gewisser Inlandindustrien geniessen, nicht für nötig erachtet wurden. Es kann nicht zweifelhaft sein, dass die indirekte Belastung der schweizerischen Exportindustrie durch übermässigen staatlichen Preisschutz die für die produktive Arbeitslosenfürsorge aufgewendeten Summen weit übersteigt.

Ein drittes Postulat, dasjenige einer gewissen Erleichterung der Finanzierung langfristiger Exportkredite durch Gründung eines Exportfinanzierungsinstitutes ist bereits von Vorort und Schweizerischer Handelskammer auf Grund eines Projektes Jaberg vorberaten worden und soll demnächst dem hohen Bundesrat unterbreitet werden. Es bezweckt lediglich die Überwindung der technischen Schwierigkeiten der Geldbeschaffung und will dem Staat grundsätzlich keine vermehrten Risiken aufbürden. Wir hoffen deshalb auf seine baldige Verwirklichung.

Mit grosser Anerkennung soll der aufopfernden Bemühungen gedacht werden, die unsere Behörden der Exportindustrie im Kompensationsverkehr mit dem Auslande durch das Gewicht unserer Einfuhr zuteil werden lassen. Sie haben schon manchen erfreulichen Erfolg gebracht. Dabei muss aber immer wieder betont werden, dass die Konkurrenz auch auf diesem Gebiete sich energisch fühlbar macht und dass deshalb auch hier Preis und Kredit eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wer Einblick in diese Verhältnisse und in alle damit verbundenen Komplikationen hat, der wird sich leider Rechenschaft darüber geben müssen, dass eine durchgreifende Verbesserung unseres Exportes auf diesem Wege nicht zu erreichen ist. Das System des Clearing und der Kontingentierung, des Kompensationsverkehrs, wie es z. B. heute Deutschland und auch andern Ländern gegenüber besteht, befindet sich zurzeit in ganz kritischem Stadium; es führt zu allerhand wirtschaftlich ungesunden und unhaltbaren Missständen, und die Gefahr ist gross, dass es in kurzer Zeit Schiffbruch leiden wird. Der Staat kann die Kaufkraft unseres Volkes eben nicht einfach dahin dirigieren, wo er will, und andere Völker nicht zwingen, Güter zu kaufen, die ihnen nicht konvenieren, oder die sie von andern billiger kaufen können. Das soll aber nicht hindern, dass wir, wie immer in den Wirtschaftsverhandlungen mit andern Staaten, im Interesse der Förderung unseres Exportes, insbesondere der arbeitsintensiven Güter unserer Produktion, das Gewicht unserer Kaufkraft in die Waagschale legen.

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass es der schweizerischen Industrie im Kampf auf dem Weltmarkt an Solidarität fehle, dass sie sich vielfach in ungesunder Weise selbst konkurrenzieren und dass die heutige Lage ihr die gebieterische Pflicht auferlege, hier Abhilfe zu schaffen und auch auf dem kostspieligen Gebiet der technischen Entwicklung sich mehr als bisher zusammenzuschliessen.

Der Vorwurf ungesunder Konkurrenzierung auf dem Weltmarkt, wie übrigens nicht weniger im Inland, muss bis zu einem gewissen Grade — ich spreche von der Maschinenindustrie, die Verhältnisse bei den andern Industrien sind mir zu wenig bekannt — als berechtigt anerkannt werden. An Bemühungen, diese Verhältnisse zu verbessern, hat es seit Jahren nicht gefehlt und fehlt es auch heute nicht. Aber gerade heute erleben wir, im Ausland wie bei uns, wie eine Besserung dadurch gewaltig erschwert wird, dass Firmen, die notleidend geworden sind, auf Kosten der Aktionäre und Gläubiger saniert werden und mit erleichterten Kapitallasten den ungleichen Kampf fortsetzen, solange, bis die bisher gesunden Unternehmungen auch krank geworden sind. Diese Lage wird vielfach durch ungesunde Subventionspolitik von kantonalen und Gemeindebehörden noch verschärft. Ja, es ist mehr wie einmal vorgekommen, dass solche Behörden die Errichtung oder den Ausbau von Fabrikationsstätten in ihrem Territorium durch allerlei Erleichterungen unterstützen und damit die Existenz schon bestehender derselben Branche in andern Kantonen in Frage stellen. Ein Konkurrenzkampf von Kanton zu Kanton, ja von Gemeinde zu Gemeinde. Ich will damit keineswegs die Politik von Behörden grundsätzlich

bekämpfen, tüchtige Unternehmer durch allerlei Erleichterungen an Steuern, Abgaben, Verbilligung von Liegenschaftenpreisen usw. zu unterstützen und heranzuziehen. Ich halte diese Politik im Gegenteil für durchaus begrüssenswert. Nur darf sie eben nicht in die volkswirtschaftlich falsche Bahn der Verschärfung des Konkurrenzkampfes mit öffentlichen Mitteln geleitet werden. Wo das Arbeitsvolumen nicht mehr für alle ausreicht, kann nur der natürliche Schrumpfungsprozess, die Stillegung der kranken Unternehmungen durchgreifende Besserung schaffen. In der Textilindustrie ist er ja leider schon in vollem Gange. Preiskonventionen, Kontingentierungen usw. bringen bei der gegenwärtigen Umsatzschrumpfung keine endgültige Heilung; sie sind zumal auf dem Weltmarkt schwer durchführbar, und was das Inland betrifft, so ist es ja merkwürdig, wie derartige Preisvereinbarungen in einzelnen unserer Wirtschaftszweige auch von der Allgemeinheit als Gipfel höchster Weisheit, andere als Ausfluss brutaler Geschäftspraktiken gewürdigt werden, auch da, wo es sich lediglich um vernünftige Anpassung an die Selbstkosten leistungsfähiger, gut geführter Betriebe handelt.

Das Problem der gemeinschaftlichen Exportvertretung ist so alt wie der Export selbst. Es lässt sich in gewissen Ländern und für gewisse Branchen durchführen — und ist auch durchgeführt worden —, in andern wieder nicht. Ich erinnere nur an das in grossem Stil unternommene Experiment der Schweizerischen Handels- und Industrie-Gesellschaft für Brasilien, das eine Zeitlang leidlich gut funktionierte, dann aber aus äussern und auch aus innern Schwierigkeiten, insbesondere solchen der Organisation und des Zusammenspiels der verschiedenen Vertretungen, zusammenbrach. Hier kann nur die Prüfung des Einzelfalles das Richtige treffen. Es ist längst meine Überzeugung — ich habe ihr auch wiederholt Ausdruck gegeben — dass auf einem im Weltmarkt so umstrittenen Gebiet wie demjenigen des allgemeinen Maschinenbaues für die schweizerische Industrie nur eine klare Branchentrennung unter den einzelnen Firmen oder dann eine Fusion der die gleichen Branchen führenden Firmen endgültige Besserung bringen kann. Heute drängt sich diese Lösung mehr denn je auf. Dabei muss man sich aber bewusst bleiben, dass ein solcher Rationalisierungs- und Konzentrationsprozess notgedrungen mit starkem Personalabbau und für viele Existenzen mit dem Verlust ihrer bisherigen Selbständigkeit verbunden ist. Angesichts der Not der Zeit werden leider solche Schattenseiten wohl allerdings in Kauf genommen werden müssen.

Es ist in den letzten Jahren wieder viel von der Notwendigkeit des besseren Ausbaues unserer ausländischen staatlichen Handelsvertretungen gesprochen worden, und es wurden Vergleiche gezogen mit den Organisationen anderer Staaten auf diesem Gebiet. Gewiss, auch hier wird noch manches getan werden können. Aber abgesehen von der Kostenfrage spielt hier natürlich die Personalfrage die entscheidende Rolle. Es handelt sich immer darum, den richtigen Mann zu finden. Wir haben ihn an einzelnen Stellen, an andern nicht. Schliesslich muss man aber doch immer darüber im klaren sein, dass diese staatlichen Organe immer nur Hilfsorgane sein können und dass, wer exportieren will, nicht darum herumkommen kann, die Märkte aus eigener Anschauung kennenzulernen und

durch eigene geschulte Kräfte zu bearbeiten. Das gilt zumal für unsere Qualitätsprodukte. Diesen unseren Emissären die Aufgabe zu erleichtern, ihnen mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, bleibt eine der wichtigsten Aufgaben unserer diplomatischen und konsularischen Vertretungen. Was für eine schöne und nützliche Aufgabe das ist, habe ich aus eigener Anschauung kennengelernt. Und es liegt mir daran, die tatkräftige Unterstützung dankbar hervorzuheben, die unserer Industrie gerade in der heutigen schweren Zeit nicht nur seitens der der Handelsförderung dienenden Instanzen im Lande selbst, dem Volkswirtschaftsdepartement und der Zentrale für Handelsförderung, sondern insbesondere auch seitens unserer Gesandten und Konsuln überall zuteil wird. Leider wird ihnen diese, manche Extraausgaben verursachende Vermehrung ihres Aufgabenkreises durch die kürzlich vorgenommene, teils sehr starke Kürzung ihrer Bezüge nicht erleichtert. Es gibt auch Fälle, wo der Zweck der Sparsamkeit sich ins Gegenteil verkehren kann.

Gott aber möge uns bewahren vor dem Wahngelbde einer nationalen Exportorganisation, wie sie, in übrigens völlig nebelhafter Weise, von der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände neuestens postuliert wird. Ich sehe im Geiste jene Dauersitzungen des Gesamtrates (er wird sicher mindestens 30 Köpfe zählen) und der unzähligen Kommissionen (man wählt bekanntlich Kommissionen, wenn man nicht mehr weiter weiss) dieser famosen Exportorganisation, in denen ein Herr mit langer Brissago oder vielleicht auch einer dicken Havanna präsidiert und bei denen man am Ende so weit ist wie am Anfang und nach Schluss mit Befriedigung über seine Wichtigkeit ins Wirtshaus geht, um den Aktenstaub aus der Kehle zu spülen. Das wäre so etwas für jene Bürokraten, die glauben, den ganzen schweizerischen Aussenhandel von einem zentralen grossen Schaltbrett aus einschalten, umschalten und gleichschalten zu können. Und wenn dann ein Geschäft glücklich in allen Kommissionen durchberaten wäre, so hätte der ausländische Kunde seine Bestellung längst in einem andern Lande placiert.

Wenn heute etwas nötig ist, so ist es die Initiative, die Spürnase, die Beweglichkeit, die Bewegungsfreiheit desjenigen, der um seine Existenz ringt. Es sind wahrhaftig heute schon genügend Zentralstellen da, die ordnend und sehr oft leider auch hemmend (ich sage dies nicht im Sinne eines Vorwurfes) in diesen Kampf unserer Industrie mit der Welt ums tägliche Brot eingreifen.

Dass der Exportindustrie noch gewisse vermehrte Erleichterungen ihrer unmittelbaren Lasten auf dem Wege der Freipassabfertigung von aus dem Ausland bezogenem Material, der Ermässigung von Gebühren, Zöllen, Frachten, Steuern, Tarifen (z. B. für elektrischen Strom) gewährt werden könnten, muss geprüft werden. All das aber bleibt unzulängliches Aushilfsmittel im Vergleich zum grossen Problem der Anpassung durch allgemeinen Abbau.

Und nun lassen Sie mich in einem letzten Abschnitt noch ein paar allgemeine Betrachtungen über die Zukunft unserer Exportindustrie und unserer schweizerischen Volkswirtschaft im allgemeinen anstellen. Die Fragen nach der Zukunft sind so mannigfach, wie unsere Industrie selbst. Nehmen Sie die

Stickerei, die Seidenbandindustrie, die Hutgeflechtindustrie, die in hohem Masse durch die unberechenbare Mode bedingt sind. Nehmen Sie die Maschinenindustrie mit ihrer starken Bedingtheit durch die Veränderungen der Technik, Veränderungen, die zum Absterben ganzer Fabrikationszweige und zu kostspieligen Umstellungen führen können. Sie sehen schon daraus, wie verschieden der Grad der Krisenempfindlichkeit für unsere Industrie ist.

Aber abgesehen von diesem individuellen Wechsel, der zu allen Zeiten vorhanden war und dem sich unsere Industrie ja stets in so bemerkenswerter Weise anzupassen vermochte, lassen sich doch für die Zukunft unserer Exportwirtschaft als Ganzes gewisse generelle Richtlinien aufstellen. Da handelt es sich um die drei grossen Fragenkomplexe:

1. Wie wird die Weltwirtschaft als Ganzes sich gestalten?
2. Welches wird in dieser Weltwirtschaft die zukünftige Lage der europäischen Industrie sein?
3. Welches wird im Rahmen Europas das Schicksal der Schweiz sein?

Die Weltwirtschaft wird einmal wieder aufblühen, und ich glaube, dass dieser Zeitpunkt gar nicht mehr so fern ist. Die Hebung der Lebenshaltung von Millionen von Menschen auf ein nach unseren Begriffen auch nur bescheidenes Wohlstands- und Kulturniveau und der laufende Konsumersatz erfordern eine so riesige Neuproduktion von Gütern aller Art, dass auf unabsehbare Zeit hinaus für alle Menschen, die arbeiten wollen, Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden sein sollte, neben allen arbeitssparenden Fortschritten der Technik. Die heutige Arbeitslosigkeit ist ausschliesslich eine Folge der allzu plötzlichen Verstopfung des kommunizierenden Röhrensystems der Weltwirtschaft, welche enorme Stauungen erzeugte und die Umstellung der Arbeitskräfte, beruflich und örtlich, wie sie sich in normalen Zeiten sonst organisch langsam vollzieht, ungeheuer erschwert. Der Ausgleichsprozess wird und muss sich einmal vollziehen. Er wird aber im günstigsten Fall Jahre dauern. Er setzt voraus, dass die Staaten endlich aufhören, mit brutaler Hand täglich neu in die Wirtschaft einzugreifen und die Rolle eines Elephanten im Porzellanladen zu spielen, dass endlich einmal die Schranken, die heute der Freizügigkeit im Wege stehen, sich langsam aber stetig öffnen, dass wieder grössere Stabilität in die Handelsbeziehungen der Völker tritt und dass, was im Augenblick das Allerwichtigste ist, die Währungen einmal stabilisiert werden. Auf welchem Niveau das geschieht, ist eine Frage zweiter Ordnung. Die Hauptsache ist die Stabilisierung, die Verankerung auf festem Boden, auf dem sich die Anpassung organisch vollziehen, der Baum der Weltwirtschaft endlich wieder Wurzel fassen und Schosse treiben kann. Die Währungsmanipulation als Waffe im Wirtschaftskampf ist Kulturnationen unwürdig. Der Schaden, der damit dem legitimen Welthandel zugefügt wird, ist materiell und moralisch unbeschreiblich, denn dieses System ist der Ruin der Ehrlichen und das Paradies der Schieber. Die Welt scheint heute ganz vergessen zu haben, dass die Wirtschaft ein lebendiger Organismus ist, einer Pflanze vergleichbar, deren Leben durch die Bodenverhältnisse, durch das Klima bedingt ist. Jede bruske Änderung dieser Bedingungen kann ihr

das Leben kosten. Das gilt auch für die Wirtschaft. Jede Änderung ihres Systems, ihrer Struktur erfordert langsame Übergänge, brusche Änderungen zerstören sie. Es ist darum meine Überzeugung, dass z. B. die heutigen Schutzzollorgien Englands nach so langer Freihandelsperiode in einem grossen Teil seiner Wirtschaft schwere, nicht wieder gut zu machende Zerstörungen hinterlassen werden.

Im Rahmen des Gesundungsprozesses der Weltwirtschaft wird die Gestaltung des Schicksals der europäischen Industrie ein Problem für sich sein. Sie erinnern sich noch des Vortrages von André Siegfried, in welchem er in lucider Weise die strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft, die zunehmende Industrialisierung der Agrar- und Kolonialländer, die Zwischenstellung Europas zwischen den enormen Wirtschaftsräumen der USA einerseits und des auf ungleich anspruchsloserer Lebensstufe stehenden fernen Ostens andererseits zeichnete. Die Spannungen sind gross und machen sich insbesondere auf dem Gebiete der Massenkonsumgüter für die europäische Industrie schon heute sehr empfindlich fühlbar. Ihr Ausgleich wird die europäische Industrie vor schwere Probleme stellen, und es ist nur zu hoffen, dass er mithelfen wird, die europäischen Völker endlich zur Besinnung auf ihre Wirtschafts- und Kulturverbundenheit zu bringen. Wenn auch das wirtschaftliche Endziel, das der begeisterte Fahnenführer des Paneuropa-Gedankens, Graf Coudenhove-Kalergi, erstrebt, manchem noch als ein schwer und jedenfalls nur sehr allmählich erreichbares Ideal erscheint, so hat Graf Coudenhove doch durch seine klaren Überlegungen und seinen mutigen Mahnruf eine geistige Bewegung in Europa ausgelöst, deren Wert nicht hoch genug veranschlagt werden muss und von der zu hoffen ist, dass sie bald Früchte tragen werde.

Und nun die Schweiz im Rahmen der europäischen Volksgemeinschaft. Hier gibt es in der gesamten Exportindustrie nur eine Stimme, nur einen mächtigen Ruf, denjenigen nach Anpassung. Wie auch der Zeitenwechsel das Auf und Ab unserer Industrie im einzelnen beeinflussen wird, unsere Konkurrenzfähigkeit wird immer in erster Linie bedingt sein durch Qualität und Preis. An der Qualität werden wir immer festhalten müssen; aber sie ist schon längst nicht mehr ein Monopol der Schweiz, und darum gewinnt der Preis ausschlaggebende Bedeutung. Wenn diese Ansicht in unserem Volke nicht durchdringt, wenn es nicht bereit ist, das ihm zugemutete Opfer des Abbaues zu bringen, dann ist der Rückgang, ja Untergang grosser Zweige unserer Exportindustrie nicht mehr aufzuhalten.

Wiederanschluss der Schweiz an den Weltmarkt und Rückkehr zur freien Wirtschaft, zu den früheren langfristigen Handelsverträgen, das ist das Ziel, auf das unsere Wirtschaftspolitik gerichtet sein muss, die Richtlinie, die uns unsere Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsstruktur mit zwingender Notwendigkeit vorzeichnet. Denn dieser Wiederanschluss und diese Rückkehr zur freien Wirtschaft bilden die Lebensgrundlage unserer derzeitigen Bevölkerung. Ob und wann wir das Ziel erreichen, hängt nicht von uns allein ab. Aber wir müssen es versuchen, und alles, was wir tun, muss sich ihm unterordnen. Alles, was diesen Weg hemmt, darf nur unter dem Gesichtspunkt gerecht-

fertigt werden, dass es gilt, Bestehendes und der Erhaltung Wertes vor der Zerstörung durch allzu bruske Übergänge zu bewahren, ihm langsame Anpassung zu ermöglichen. Alle diese hemmenden Massnahmen dürfen nicht Selbstzweck werden, wir müssen uns ihres vorübergehenden Charakters stets bewusst bleiben.

Aber, wenn wir das Ziel, das wir uns gesteckt haben, nicht erreichen, wenn es uns nicht gelingt, durch Export unserer Produkte die Güter auch weiterhin zu beschaffen, die wir zum Leben brauchen, was dann?

Dann war der Weg der Sparsamkeit, den wir gegangen sind, kein falscher Weg. Aber dann wird die Frage des Exportes von brachliegender Arbeitskraft, die Frage der Auswanderung eindringlich an uns herantreten. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Rückführung der vielen Arbeitslosen des industrieübersättigten Europas zu produktiver Arbeit zurück innert nützlicher Frist nicht ohne Auswanderung möglich sein wird, und dass auch unser Land davon nicht verschont bleiben kann. Manche Zweige unserer Exportindustrie werden kaum je wieder ihren früheren Absatz auf dem Weltmarkt zurückgewinnen. Wir werden uns wohl dauernd auf kleinere Verhältnisse einrichten müssen, und wir sind uns ja alle über die beschränkten Möglichkeiten der produktiven Arbeitsumstellung innert unserer eigenen Grenzen im klaren. Ich kann nicht recht an die grossen Möglichkeiten der Innenkolonisation glauben, von denen uns Herr Professor Bernhard gesprochen hat. Viel eher scheint mir z. B. der Ausbau einiger unserer Alpenstrassen eine namhafte Förderung unseres Fremdenverkehrs zu versprechen. Auswanderung ist für uns nichts neues, sie wäre bei solchen Stauungen unter normaleren Verhältnissen früher längst in Fluss gekommen. Darum sollten, meine ich, unsere Behörden auch diesem Problem schon heute vermehrte Beachtung schenken. Es gibt auch heute noch Länder, die für tüchtige Arbeitskräfte jeder Art aufnahmefähig sind. Auch seine Lösung wird aber nur durch internationale Zusammenarbeit und nicht ohne starke Inanspruchnahme von Mitteln der Allgemeinheit durchzuführen sein.

Und nun noch ein letztes Credo, das Credo des Liberalismus. Was ist dem armen Sündenbock Liberalismus alles aufgeladen worden! Er soll die ganze Schuld an der Krise tragen und darum so rasch wie möglich zum Tode verurteilt und exekutiert werden. Eine unsinnigere, geistlosere, brutalere Geschichtsfälschung hat die Welt wohl noch selten erlebt, als diese Verurteilung des Liberalismus, dieses hohen Kulturideals der freien, auf sich selbst gestellten, in sich selbst gefestigten, seiner Verantwortlichkeit bewussten Persönlichkeit. Nicht er ist die Ursache all des heutigen Elendes. Schuld daran trägt vor allem die Unterwerfung der freien Wirtschaft unter die Macht des Staates, ihre staatlich organisierte Indienststellung für die Befriedigung der Machtgelüste eines überspannten völkischen Imperialismus; die Herrschaft der Politik über die Wirtschaft, die den friedlichen, seine Spannungen immer wieder ausgleichenden, die Wohlfahrt der Menschheit als Ganzes fördernden Wettbewerb von Millionen arbeitsfreudiger Menschen umgewandelt hat in einen brutalen Wirtschaftskampf ganzer Völker auf Leben und Tod. Das ist die wundervolle Planwirt-

schaft, die uns die Politik heute beschert. Sehen Sie sich nur z. B. die Schiffahrtssubventionspolitik der grossen Nationen an, in der jede die andere überbietet, um ihr den Platz an der Sonne streitig zu machen. Das ist das eine, die Kriegsmentalität. Das andere ist — es handelt sich im Grunde genommen um dieselbe psychische Quelle — der Mangel an Verantwortungsbewusstsein. Man kann die heutige Krise sehr treffend als eine Krise der Verantwortungslosigkeit bezeichnen. Das gilt für das Gebiet des überwuchernden Etatismus so gut wie für die Auswüchse des Kapitalismus; das gilt für viele unserer Herren Politiker ebenso gut wie für die Schmarotzer des Kapitalismus, den sie so gerne als den Missetäter alles Übels hinstellen. Les extrêmes se touchent. Dieser Mangel an Verantwortungsgefühl zeigt sich überall da besonders scharf, wo die der Technik zu verdankende ungeheure Steigerung des Reichtums der Welt die Machtsphäre des einzelnen Menschen enorm geweitet hat, nicht nur über eigenes Gut, sondern insbesondere über fremdes Gut. Je grösser die Macht, desto grösser die Verantwortung, ganz besonders dann, wenn es sich um die Verwaltung fremden Gutes handelt, sei es desjenigen des Mitteilhabers oder Gläubigers in der Privatwirtschaft, sei es desjenigen des Steuerzahlers in der öffentlichen Verwaltung. Weitläufige Anschauungen reden aber heute nur noch von Rechten, nicht mehr von Pflichten; man züchtet seit Jahren nur noch Erfolgsmenschen, nicht mehr Charaktere. Den Charakter zu bilden, das Verantwortungsbewusstsein zu wecken ist der Liberalismus unendlich besser imstande als der Sozialismus. Denn er führt aufwärts, nicht abwärts; er will den Menschen zur freien, seiner Freiheit, aber auch ihrer sozialen Grenzen bewussten Persönlichkeit erziehen. Nur mit verantwortungsbewussten Persönlichkeiten, nur mit freien Menschen, nur mit schöpferischem Unternehmergeist wird die Welt einmal wieder vorwärts kommen.
